

David Staubli und Nicola Mauri haben den Fokus nun geöffnet und den NFA aus Sicht der Steuerzahlenden betrachtet. Die 4 Milliarden, die der Bund beisteuert, stammen nämlich von den Steuerzahlenden in den Kantonen – via verschiedene Bundessteuern. Die Berechnungen der beiden Ökonomen, die sie kürzlich in der Wirtschaftspolitikplattform «Die Volkswirtschaft» publiziert haben, führen zu drei Erkenntnissen.

– **Luzern** wird – erstens – wie Schaffhausen, Baselland, Waadt

und Tessin zu einem **Geberkanton**. Der Betrag, den diese Kantone aus dem NFA erhalten, ist also niedriger als ihr Anteil am NFA-Bundesbeitrag, den sie über die Bundessteuern finanzieren. Der Wechsel des Kantons Luzern vom Nehmer- zum Geberkanton ist dabei besonders auffällig.

– Zweitens erhalten die **Steuerzahlenden in den Nehmerkantonen weniger Geld** als aus den offiziellen Zahlen des Bundes ersichtlich ist. Sie haben ja einen Teil der ihnen überwiesenen Beträge selber finanziert – via Bundessteuern ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. So fließen pro Urnerin und

Uerner nicht 1913 Franken nach Altdorf, sondern lediglich 1654.

– Drittens ist die **Differenz** zwischen den offiziellen und bereinigten Beträgen **in den ressourcenstarken und damit reichen Kantonen grösser als in den finanzschwachen**. David Staubli und Nicola Mauri be-

trachten die Erkenntnisse der beiden Ökonomen «zwar interessant. Für uns sind jedoch die Zahlen des Bundes massgebend.» Dass Wyss Luzern aber auch nach offizieller Lesart gerne als NFA-Geberkanton sehen würde, daraus macht der Mitte-Politiker kein Geheimnis. «Ein Wechsel ins Geberlager hätte mehr als symbolischen Charakter. Es ist unser eigenes Verständnis, dass wir auf gesunden Finanzbeinen stehen und im Sinne der Solidarität irgendwann gar anderen Kantonen helfen können.» Der Kanton Luzern wolle seine Fi-

na nisse der beiden Ökonomen «zwar interessant. Für uns sind jedoch die Zahlen des Bundes massgebend.» Dass Wyss Luzern aber auch nach offizieller Lesart gerne als NFA-Geberkanton sehen würde, daraus macht der Mitte-Politiker kein Geheimnis. «Ein Wechsel ins Geberlager hätte mehr als symbolischen Charakter. Es ist unser eigenes Verständnis, dass wir auf gesunden Finanzbeinen stehen und im Sinne der Solidarität irgendwann gar anderen Kantonen helfen können.» Der Kanton Luzern wolle seine Fi-

na nisse der beiden Ökonomen «zwar interessant. Für uns sind jedoch die Zahlen des Bundes massgebend.» Dass Wyss Luzern aber auch nach offizieller Lesart gerne als NFA-Geberkanton sehen würde, daraus macht der Mitte-Politiker kein Geheimnis. «Ein Wechsel ins Geberlager hätte mehr als symbolischen Charakter. Es ist unser eigenes Verständnis, dass wir auf gesunden Finanzbeinen stehen und im Sinne der Solidarität irgendwann gar anderen Kantonen helfen können.» Der Kanton Luzern wolle seine Fi-

Uri	NFA	-1913
	NFA bereinigt	-1654

Grafik: mop / Quelle: Schätzungen David Staubli, Nicola Mauri auf Grundlage von Bundesdaten

Luzerner Strassenstrich: Neues Verkehrsschild gibt zu reden

Im Stadtluzerner Gewerbegebiet Ibach, wo sich der Strassenstrich befindet, weist neu ein offizielles Schild den Weg zu den Prostituierten. Auf Social Media ist man verwundert.

David von Moos

In der Stadt Luzern sorgt seit kurzem ein Verkehrsschild für Aufsehen. Beim Kreisel Ibach ist neu der Weg zum Strassenstrich ausgeschildert – mit einem roten Regenschirm, der seit 2006 Symbol der Bewegung der Sexarbeitenden ist. Im Netz sorgt die Hinweistafel für Lacher, Verwunderung und rege Diskussionen. «Ich glaubs ja nid ... Isch das würlkli kei Witz?», fragt ein Mitglied der privaten Facebook-Gruppe «Du besch vo Lozärn, wenn ...», in der am 19. Juli ein Bild der Hinweistafel geteilt wurde. «In der Schweiz herrscht Ordnung – jedes Gewerbe wird beschildert. Warum auch

nicht?», antwortet ein User. Ein anderer meint: «Endlich wird's mal angeschrieben.»

«So freaking funny» finden die neue Beschilderung aber nicht alle. Jemand findet «so eine Beschriftung sehr grenzwertig. Bin total entsetzt. Dass man so etwas beschriften muss!» Und wieder jemand anders hat eine gegenteilige Haltung: «Mit dieser Beschilderung fahren die Autos nicht unnötige Strecken.» Eine weitere Person vermutet einen 1.-April-Scherz.

Schild soll Sexarbeiterinnen schützen

Auf Anfrage bei der Stadt Luzern wird bestätigt, dass es sich um ein offizielles Strassenschild



Im Gewerbegebiet Ibach weist ein offizielles Verkehrsschild den Weg zum Strassenstrich. Der rote Schirm ist das Symbol der Sexarbeitenden.

Bild: Patrick Hürlimann (Luzern, 22. 7. 2024)

handelt. Der neue Wegweiser sei in Zusammenarbeit mit dem Verein Lisa geplant worden, so die Stadt Luzern. Dieser Verein setzt sich in Luzern für die Rechte der Sexarbeitenden ein. Simon Rimle, Leiter Kommunikation bei der Stadt Luzern, teilt mit: «Durch den Wegweiser soll der Strassenstrich im Ibach sichtbar werden. Es soll erkennbar sein, dass der Strassenstrich offiziell ist und die Sexarbeit vor Ort legal. Durch die verbesserte Sichtbarkeit sollen die Sexarbeiterinnen besser vor Übergriffen geschützt werden.»

Weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Strassenstrich im Ibach, wie zum Beispiel Kameras, wür-

den momentan geprüft, so Rimle weiter. Der Wegweiser sei am 17. Juli aufgehängt worden. Die Kosten für Schild und Montage würden sich auf zirka 500 Franken belaufen und seien von der Stadt Luzern übernommen worden.

Der Luzerner Verein für die Interessen der Sexarbeitenden (Lisa) war am Montag für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Die Organisation betreibt seit 2013 den Beratungscontainer Hotspot im Stadtluzerner Gewerbegebiet Ibach.

Hinweis

Das Reglement über die Strassenprostitution in Luzern ist online unter www.stadtluzern.ch.